

Köln, 6. Februar 2006

Dem ohnehin angespannten Verhältnis zwischen den islamischen Ländern und der westlichen Welt ist völlig ohne Not neuer Zündstoff beigegeben worden: Eine Zeitung in Dänemark (wo 200.000 Muslime leben) hat vor kurzem Karikaturen des Propheten Mohammed veröffentlicht, doch wohl wissend, dass jede bildliche Darstellung des Religionsgründers im Islam streng verboten ist. Nachdem vielerorts Proteste laut wurden, glaubten Blätter in anderen europäischen Ländern die Karikaturen "zwecks Information" nachdrucken zu sollen, was die Empörung in den islamischen Ländern erst recht in die Höhe trieb und immer noch treibt. Alle diese Blätter berufen sich indes auf die "Pressefreiheit".

Nun ist in der Tat karikierende Darstellung von Religiösem in der Tat beispielsweise in Deutschland nicht gesetzlich verboten. Aber wenn Pressefreiheit ihren Rang als hohes demokratisch-politisches Gut wahren will, muss sie sich selbst die Grenzen setzen, die durch Anstand und durch Verantwortung geboten sind.

Durch Anstand, wenn es insbesondere um Achtung vor den religiösen Empfindungen anderer geht (dem Tiefsten, was ein Mensch besitzen mag), auch wenn man sie selbst nicht teilt.

Durch Verantwortung, wenn man absehen kann, dass eine Presseveröffentlichung schlimme Folgen hat (solche hatten sich im aktuellen Fall für die kopierenden Blätter bereits ereignet).

Die "Föderation der Vereinigungen zur Förderung des Gedankenguts Atatürks in Europa" verurteilt in diesem Sinne die Veröffentlichung von Karikaturen des Propheten Mohammed aufs schärfste (wie sie auch karikierende Darstellungen christlicher Glaubensinhalte verurteilen würde).

Sie appelliert an zuständige Gremien, so den Internationalen Presserat und den Deutschen Presserat, missbilligend und, soweit möglich, verhindernd Stellung zu beziehen.

Sie appelliert gleichermaßen an die verantwortlichen Politiker in Europa wie in islamischen Ländern, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um das Ende dieser Auseinandersetzungen herbeizuführen.

Sie verurteilt auf der anderen Seite auch die gewalttätigen Reaktionen im Nahen Osten. Hiermit wird die Sache des Glaubens unglaubwürdig gemacht. Denn dem Frieden in der Welt, der dem Namensgeber unserer Föderation, Mustafa Kemal Atatürk, das höchste Ziel aller Politik war, sollte nicht ausgerechnet eine Religion Abbruch tun.

Dursun ATILGAN
(Präsident)